

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung**Hat die Landesregierung die Dokumente über das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) gelesen?**

Anfrage der Abgeordneten Jörg Bode, Horst Kortlang, Hillgriet Eilers, Christian Grascha und Gabriela König (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 14.06.2016

Seit dem 1. Februar 2016 besteht für Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierungen die Möglichkeit, in einem Leseraum des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie Einblick in konsolidierte Texte zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) zu nehmen. Hierbei handelt es sich um der Bundesregierung unmittelbar von der Europäischen Kommission übermittelte Dokumente, die sowohl Verhandlungspositionen der USA als auch der EU darstellen. Es handelt sich bei den ausliegenden Unterlagen um sämtliche Unterlagen, die auch in den TTIP-Leseräumen anderer EU-Mitgliedsstaaten, des Europäischen Parlaments sowie der Europäischen Union eingesehen werden können. Außerdem stehen Mitarbeiter des Ministeriums bei fachlichen Rückfragen zur Verfügung.

1. Wann haben welche Mitglieder der Landesregierung wie oft und wie lange vom Informationsangebot im Leseraum der Bundesregierung Gebrauch gemacht (bitte detaillierte Auflistung)?
2. Wann haben Vertreter der Landesregierung wie oft und wie lange vom Informationsangebot im Leseraum der Bundesregierung Gebrauch gemacht (bitte detaillierte Auflistung)?
3. Unter der Voraussetzung, dass die Landesregierung unmittelbar oder mittelbar Kenntnis von den Dokumenten und Texten zu TTIP genommen hat: Welche Erkenntnisse/Einschätzungen hat die Landesregierung aus der Kenntnisnahme der Dokumente im Leseraum des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie gewonnen? Aussagen zu Inhalten der Dokumente sind mit dieser Frage nicht gemeint.
4. Vor dem Hintergrund, dass laut EU-Kommission die meisten Dokumente zu den noch laufenden Verhandlungen über TTIP längst öffentlich sind und im Internet stehen (<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/ttip-lesesaal-im-bundestag-101.html>): Wie beurteilt die Landesregierung die Art und Weise des Informationsangebots zu TTIP?
5. Vor dem Hintergrund, dass z. B. MdEP Joachim Schuster (SPD) sein Verständnis für ein gewisses Maß an Geheimhaltung von Teilen der aktuellen Verhandlungstexte geäußert hat (<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/ttip-lesesaal-im-bundestag-101.html>): Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass man „...am Tisch auch mal etwas erzählen dürfen (muss), was nicht direkt in die Öffentlichkeit gelangt - so ein Verhandlungsprozess hat auch etwas mit Vertrauen zu tun“ (MdEP Joachim Schuster) (bitte mit Begründung)?
6. Wenn nicht: Für welche Verhandlungen, z. B. Tarif-, Vertrags- oder Koalitionsverhandlungen, wird die Landesregierung künftig welchen Maßstab an Transparenz und Beteiligung der Öffentlichkeit einführen?
7. Besteht für die Landesregierung aktuell ein Informationsdefizit über den Verhandlungsstand oder über die Inhalte zu den laufenden Verhandlungen zu TTIP?
8. Wenn ja: In welchen Bereichen hat die Landesregierung ein Informationsdefizit zum aktuellen Verhandlungsstand zum Freihandelsabkommen TTIP?
9. Vor dem Hintergrund der nicht abgeschlossenen Verhandlungen, aber vielfach festgelegter Meinungen zu TTIP: Wie steht die rot-grüne Landesregierung derzeit zum geplanten Freihandelsabkommen TTIP?

10. Vor dem Hintergrund der Informationsmöglichkeiten und des Wissens der Landesregierung über die Inhalte zu TTIP: Teilt die Landesregierung die Aussage „Das geplante TTIP birgt das Risiko, die Souveränität der Parlamente und auch der Rechtssysteme auszuhebeln“ (MdL Piel, Plenarprotokoll vom 14. Mai 2014, Seite 3133) (bitte mit Begründung) ?
11. Wie kann TTIP die Souveränität der Parlamente konkret aushebeln?
12. Welche Parlamente sind hiervon betroffen?
13. Wie viele Freihandelsabkommen oder Wirtschaftspartnerschaftsabkommen haben Deutschland und die Europäische Union jeweils abgeschlossen?
14. Haben Freihandelsabkommen oder Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die die Bundesrepublik Deutschland oder die Europäische Union abgeschlossen haben, die Souveränität irgendwelcher Parlamente ausgehebelt? Wenn ja: Welche Parlamente betrifft dies?
15. Vor dem Hintergrund, dass die EU-Länder mehr als 1 400 bilaterale Investitionsabkommen abgeschlossen haben, um ausländische Investitionen zu erleichtern, und hierzu immer ein internationales Schiedsgericht zur Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten (ISDS-System) gehört: Wie ist die Haltung der Landesregierung zu solchen internationalen Schiedsgerichten (ISDS-System)?
16. Zu 15.: Die EU-Kommission will das ISDS-System durch klarere Begriffsdefinitionen und eine Stärkung des Regelungsrechts der Regierungen verbessern und das ISDS-System öffnen: Ist der Landesregierung das Ansinnen der EU-Kommission bekannt, und wie steht die Landesregierung zum geplanten Vorgehen der EU-Kommission?
17. Vor dem Hintergrund, dass es bereits zahlreiche Freihandelsabkommen der EU gibt: Welche juristischen Wirkungen entfalten diese Freihandelsabkommen auf das Rechtsgebiet der Bundesrepublik Deutschland, und welche Gefahren sind in der Vergangenheit hierdurch auf das öffentliche Leben in Deutschland ausgegangen?
18. Vor dem Hintergrund der Vorwürfe, z. B. durch einschlägige Verbände oder in „Zehn Mythen zu TTIP“ aufgeführt, über befürchtete negative Auswirkungen von TTIP: Welche behaupteten Auswirkungen treffen wirklich zu?
19. Vor dem Hintergrund der Erklärung der Europäischen Kommission über den Schutz der öffentlichen Dienste der EU-Länder (u. a. Bildung, Gesundheitsversorgung, Wasserversorgung, soziale Dienste, Kultureinrichtungen oder Branchen, die Fördermittel erhalten) und der vier wichtigen Garantien (Monopole, Marktzugang, Subventionen, Regulierungen) zum Schutz der öffentlichen Dienste in jedem EU-Handelsabkommen: Wie beurteilt die Landesregierung die vier Garantien, die in allen EU-Handelsabkommen Eingang finden und allen Regierungen garantieren, dass sie weiterhin mit ihren öffentlichen Diensten so verfahren können, wie sie möchten?
20. Vor dem Hintergrund, dass die EU-Kommission über Positiv- oder Negativlisten diese Garantien für öffentliche Dienste in die Handelsabkommen bringt: Hält die Landesregierung dieses bewährte Vorgehen auch für TTIP für ausreichend?
21. Vor dem Hintergrund, dass die Landesregierung nach eigener Aussage bis zum 15. April 2016 keine umfassenden Informationen über den aktuellen Stand der Verhandlungen zu TTIP gehabt hat (Drucksache 17/5555, Seite 38), die Mehrzahl der Dokumente aber im Internet steht, Positionspapiere über den Verhandlungsstand regelmäßig veröffentlicht werden und der aktuelle Sachstand auch im Leseraum der Bundesregierung eingesehen werden kann: Wie informiert sich die Landesregierung über den aktuellen Stand der Verhandlungen zu TTIP?
22. Vor dem Hintergrund der umfassenden und objektiven Informationsmöglichkeiten und der Beteiligungsmöglichkeiten sowohl bei der Europäischen Kommission als auch bei der Bundesregierung: Fühlt sich die Landesregierung ausreichend über TTIP informiert?
23. Seit zwei Jahren gibt es den TTIP-Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, dieser hat bisher neunmal getagt und setzt sich aus 22 Vertretern von Gewerkschaften, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden und aus dem Kulturbereich zusammen: Wie

beurteilt die Landesregierung den TTIP-Beirat im BMWi, die Zusammensetzung und das Fehlen von Vertretern der mit Handelspolitik befassten Wissenschaften (Volkswirtschaft, internationales Wirtschaftsrecht etc.)?

24. Vor dem Hintergrund, dass die USA Deutschlands größter Handelspartner außerhalb Europas sind: Welche Vor- und Nachteile ergeben sich für die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen, Niedersachsens Wirtschaft, Niedersachsens Logistikunternehmen und die norddeutschen Seehäfen durch ein Freihandelsabkommen mit den USA?
25. Vor dem Hintergrund, dass der Wohlfahrtsgewinn von TTIP auch vom Liberalisierungsszenario/Ausmaß der Liberalisierung abhängt und bei günstigen Bedingungen die Exporte der EU um 17 % steigen können (BIP + 0,5 %): Wie würde Niedersachsen am Abbau von nichttarifären Handelshemmnissen, Abschaffung von Zöllen und der Angleichung von Normen und Regularien partizipieren oder daran sogar profitieren?
26. Vor dem Hintergrund, dass TTIP im Kontext anderer globaler Liberalisierungsbestrebungen betrachtet werden sollte: Hat die Landesregierung ein Interesse, über bloße Absichtserklärungen hinaus Standards und Regeln im globalen Wirtschaftssystem zu etablieren?
27. Wenn ja: Für wie geeignet hält die Landesregierung TTIP in Verbindung mit TTP, um eigene Standards und Regeln im globalen Wirtschaftssystem zukünftig von der EU und den USA durchzusetzen?
28. Wenn nicht: Welche Alternativen zu einem Freihandelsabkommen mit den USA gibt es, um den Einflussverlust der EU im globalen Wirtschaftssystem zu kompensieren?
29. Vor dem Hintergrund der Pressemitteilung Nr. 11 „Jetzt erst recht: TTIP und CETA stoppen!“ vom Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen (16. April 2015) und „TTIP entzweit die Genossen“ (FR, 13. Mai 2016) und der Möglichkeit, dass sich die „SPD-Linke“ durchsetzt und die Verhandlungen zu TTIP abgebrochen werden und somit die EU kein Freihandelsabkommen mit den USA abschließen könnte: Wie stellt sich die rot-grüne Landesregierung die künftige politische Gestaltung der fortschreitenden wirtschaftlichen Globalisierung vor?
30. Vor dem Hintergrund des Beschlusses Nr. 27 „Globalisierung gestalten - fairer Handel ermöglichen - demokratische Grundsätze gewährleisten“ des Ordentlichen Bundestage der SPD (12. Dezember 2015): An welchen Stellen geht der Beschluss der SPD über die bekannten vier Garantien zum Schutz der öffentlichen Dienste in jedem EU-Handelsabkommen der EU-Kommission hinaus?
31. Seit wann ist der Landesregierung die Veröffentlichung „Zehn Mythen über TTIP“ der Europäischen Kommission bekannt?
32. Kann die Landesregierung die Darstellungen der Europäischen Kommission zu den Wirklichkeiten über TTIP uneingeschränkt nachvollziehen und bestätigen?
33. Wenn nicht: Was nicht und warum nicht?
34. Wenn doch: Kann sich die Landesregierung rational erklären, weshalb Teile der Regierungskoalition sich mit Behauptungen aus der Kategorie Mythos zu TTIP äußern?
35. Wie geht die Landesregierung mit den Mythen zu TTIP um, wenn die Landesregierung mit diesen konfrontiert wird?
36. Kann die Landesregierung die Ausführungen der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen „Lassen Sie mich kurz auf ein Beispiel aus dem Kulturbereich eingehen. Die Buchpreisbindung - das ist vielleicht ganz wichtig - und damit die große Zahl und Vielfalt von Buchhandlungen, Verlagen und Autoren in Deutschland werden durch TTIP massiv gefährdet“ (MdL Piel, Plenarprotokoll v. 14. Mai 2014, Seite 3133) bestätigen?
37. Vor dem Hintergrund, dass es zur Wirklichkeit gehört, dass TTIP die Kulturwirtschaft in Europa respektiert, Subventionierungen weiterhin stattfinden könnten und die gesetzlich vorgeschriebene Buchpreisbindung aufrechterhalten würde: Wie beurteilt die Landesregierung die

Ausführungen der EU-Kommission zur Beibehaltung der nationalen Buchpreisbindungssysteme (<http://www.boersenblatt.net/artikel-freihandelsabkommen.1031028.html>)?

38. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Ausführungen zur Buchpreisbindung von MdL Piel und der EU-Handelskommissarin Malmström: Wer stellt den Sachverhalt wahrheitsgemäß dar?
39. Hat die Landesregierung eine Erklärung für die unterschiedlichen Ausführungen von MdL Piel und EU-Hochkommissarin Malmström?
40. Kann die Landesregierung die Ausführungen der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis90/Die Grünen „Auch die spezielle Art der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die gesamte Kulturförderung werden durch TTIP bedroht. Das können Sie nicht wollen; das können wir nicht wollen“ (MdL Piel, Plenarprotokoll v. 14. Mai 2014, Seite 3133) bestätigen?
41. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Ausführungen zur Kulturförderung von MdL Piel und der EU-Handelskommissarin Malmström: Wer stellt den Sachverhalt wahrheitsgemäß dar?
42. Wird die Öffentlichkeit bewusst über den wahren Sachverhalt im Umgang mit der Kulturförderung im Zusammenhang mit TTIP getäuscht?
43. Vor dem Hintergrund, dass die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen regelmäßig an den Kabinettsitzungen der Landesregierung teilnimmt: Macht sich die Landesregierung die Argumentation von MdL Piel zu TTIP zu eigen (bitte mit Begründung)?
44. Vor dem Hintergrund, dass Wissenschaftler vom Bedienen „polarisierender Klischees“ und davon „Solche von Tatsachen völlig ungetrübte Interpretationen von TTIP als zentralen Angriff auf die grundlegenden politischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse der Bundesrepublik spielen in der Kommunikation über das angestrebte Abkommen eine beträchtliche Rolle“ (APuZ 50-51, Seite 26, 8. Dezember 2014) sprechen: Teilt die Landesregierung die Auffassung von Herrn Dr. A. Falke, Professor am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Erlangen-Nürnberg, dass es sich bei der Ablehnung von TTIP auch um eine „beispiellose Kampagne“ gegen das Abkommen TTIP handelt?
45. Gedenkt die Landesregierung, aufgrund der großen politischen Bedeutung und der erheblichen Chancen für die exportorientierte deutsche Wirtschaft, die TTIP in sich trägt, sich aktiver gegen sachfremde Kritik und einen emotionalisierten Widerstand gegen die laufenden Verhandlungen zu TTIP einzubringen?
46. Wenn nicht: Warum nicht?
47. Wenn doch: Wie wird sich die Landesregierung künftig für eine positive Begleitung der Verhandlung zu TTIP in Niedersachsen, im Bundesrat oder gegenüber der Europäischen Kommission einsetzen?
48. Muss nach Meinung der Landesregierung das Freihandelsabkommen im Bundesrat abgestimmt werden?
49. Wenn ja: Wie wird die Landesregierung beim derzeitigen Meinungsbild der Regierungskoalition im Bundesrat voraussichtlich abstimmen?
50. Wird das Land Niedersachsen sich im Bundesrat enthalten?
51. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass eine Enthaltung des Landes Niedersachsen im Bundesrat der Verantwortung der Landesregierung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes nicht gerecht werden würde (bitte mit Begründung)?
52. Vor dem Hintergrund, dass in der Koalitionsvereinbarung „Niedersachsens Verantwortung für Europa und für die Welt“ (Seite 5) eine „zukunftsfähige Eine-Welt-Politik“ und somit auch die Entwicklungshilfe angesprochen wird: Wie steht die Landesregierung zur These, dass Entwicklungsländer durch eine globale Liberalisierung der Handelspolitik und durch ein Abkommen wie TTIP aufgrund ihres hohen Anteils an der Wertschöpfungskette positiv betroffen wären?

53. Kann die Beseitigung nichttarifärer Handelshemmnisse auch einen Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung von Entwicklungsländern leisten?
54. Vor dem Hintergrund der Ausführung „Wenn grüne Forderungen aber bereits jetzt darauf beschränkt werden, TTIP endgültig zu stoppen, nehmen wir uns nicht selbst aus dem Spiel, dem vielleicht wichtigsten Spiel dieses Jahrhunderts?“ (Bastian Hermisson, 26. Mai 2014, Büroleiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Washington, <https://www.boell.de/de/2014/04/07/ttip-stoppen-das-waere-zu-einfach>): Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass mit dem Aufruf zum Abbruch der Verhandlungen zu TTIP Chancen vertan werden und Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten leichtfertig vergeben werden?